



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 84834 - 33
Fernschreiber 0886890

Z/XIII/224 - 2. Oktober 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	Der Mahnruf von Berlin Zur denkwürdigen Sitzung des Bundestages	51
2 - 4	Damoklesschwert Bundesrundfunkgesetz Das Ziel ist Gleichschaltung	124
5 - 6	Bilanz eines Volksentscheides Das politische Zahlentbild Frankreichs nach dem 26. September Von unserem Pariser Korrespondenten Georg Scheuer	78
7	Zyperns Zukunft im Schmelztiegel Neue Hoffnungen und alte Vorurteile	49

* * * * *
* * * * *

Der Mahnruf von Berlin

sp - Seit dieser Sitzung des Bundestages in Berlin vom Mittwoch, dem 1. Oktober 1958, weiss alle Welt, dass sich die Deutschen niemals mit dem entwürdigenden Zustand der Spaltung ihres Landes abfinden werden - aus politischen, moralischen und allgemein menschlichen Gründen nicht. Diese einmütige Willenskundgebung war aus vielerlei Gründen notwendig: Die dauernde Entblössung der Zone bedroht die Substanz der mitteldeutschen Bevölkerung, die vom Ulbricht-Regime getroffenen brutalen Abschneidmassnahmen lassen die Zonengrenze zu einer Staatsgrenze werden. Die Weltöffentlichkeit, bedrückt durch andere quälende Sorgen, wie auch vor der Furcht, um den Formosa-Konflikt könnte sich ein dritter Weltkrieg entzünden, schien das Interesse am Notstand des deutschen Volkes zu verlieren. Die deutsche Frage nahm und nimmt in den Überlegungen der Mächtigen dieser Welt nicht immer die Grössenordnung ein, die ihr zukommt. Die anhaltende Flucht aus Mitteldeutschland nach dem Westen beansprucht in den Spalten der Weltpresse kaum noch grössere Titelüberschriften, man hat sich mit der ungeheuerlichen Tatsache abgefunden, dass innerhalb von neun Jahren zu jeder Stunde 25 Menschen geflohen sind, die dem auf ihnen lastenden Druck entgehen wollten, nicht mehr auf gerechte Behandlung hoffen konnten und drangsaliert und gehetzt worden sind.

Wenn diese denkwürdige Sitzung des Bundestages nun dazu beiträgt, die Politiker und Staatsmänner von Westen und Osten auf den unhaltbaren und für den Frieden gefährlichen Zustand der Lage in Mitteldeutschland aufmerksam zu machen, dann hat sie ihren Zweck erfüllt. An dieser Demonstration der Geschlossenheit und des so kraftvoll betonten Willens, ein Volk zu bleiben, kann niemand mehr vorbeigehen. Bewegende Mahnworte berufener Sprecher aller Bundestagsfraktionen richteten sich an die Adresse der Sowjetunion. Der mächtigen Sowjetunion kann es gewiss nicht gleichgültig sein, ob die Beziehungen ihrer Völker zum deutschen Volk durch die Unfähigkeit des Ulbricht-Staates schwer belastet werden. Gewiss ist, wie Carlo Schmid so eindrucksvoll belegte, die Spaltung Deutschlands ein Produkt der Weltpolitik und die Wiedervereinigung wird auch nur das Ergebnis einer Verständigung zwischen der beiden Weltreichen über Deutschland sein können - rückt aber diese Verständigung nicht in immer weitere Ferne, wann die Sowjetunion es den Herren in Parkow gestattet, Unmenschlichkeiten zu begehen?

Die Bundesregierung hat einen klaren Auftrag erhalten. Die gemeinsam verabschiedete Entschliessung legt sie auf ihre Pflicht fest, vor sich aus alles zu tun, um die bestehenden Schranken niederzureissen, den deutschen Opfern der deutschen Spaltung alle mögliche Hilfe zu gewähren, sich über Einschaltung der Rote-Kreuz-Gesellschaften um die Zusammenführung getrennter Familien zu bemühen. Die Entschliessung sagt aber noch weit mehr, sie erschöpft sich nicht in der Verpflichtung auf humanitäre Massnahmen, sie verlangt von der Regierung, jede Verhandlung zu unterstützen, die eine Verständigung der vier Siegermächte über die Deutschlandfrage ermöglicht.

Die deutsche Sozialdemokratie hat sehr deutlich in dieser Berliner Sitzung klargelegt, was sie für notwendig hält, um der innerdeutschen Entfremdung wirksam zu begegnen. Die Einigkeit im Grundsätzlichen soll und darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Opposition wie eh und je ihre Pflicht nicht vernachlässigen wird, die Regierung zu drängen, neue Wege zu suchen, neue Ideen zu entwickeln, nachdem sich die alten als unwirksam erwiesen haben.

Damoklesschwert Bundesrundfunkgesetz

I.F.W. Mit den Äußerungen des Bundesinnenministers und des Intendanten des Süddeutschen Rundfunks ist der Chor aus dem Regierungslager, der lauttönend ein Bundesgesetz für Rundfunk und Fernsehen fordert, um zwei prominente Stimmen vermehrt worden. Leider ist die Melodie damit nicht besser geworden.

Es wäre billig, eine Kritik an den Verlautbarungen der beiden Reformer auf den sachlichen Widersprüchen aufzubauen, die sich zwischen den Artikeln von Dr. Bausch und der Rede Dr. Schröders vor dem Zeitungsverleger-Verband feststellen lassen. Obgleich schon diese Gegensätze interessant sind, weil sie nämlich zeigen, wie unterschiedlich sich offenbar klare Tatbestände einem Intendanten, der sogar über Rundfunkfragen promoviert hat und einem Minister, der Rundfunk und Fernsehen seinem Ressort angliedern möchte, darstellen. So kritisiert Dr. Schröder den Einfluß der Länderregierungen auf den Rundfunk, während nach Dr. Bausch "ihr Gewicht so bescheiden ist, daß von Einfluß nicht die Rede sein kann". Der Innenminister fordert: "Ein Monopol auf dem Rundfunk- und Fernsehgebiet sollte es nach unserer Meinung nicht geben". Der Intendant stellt fest: "Eine neue Fernsehanstalt würde lediglich die regionalen Monopole durch ein Bundesmonopol ergänzen."

Schröder wiederholt Gemeinplätze

Solche Widersprüche würden kaum bemerkt werden, gäben die Äußerungen der beiden CDU-Politiker Anregungen für die sachliche Diskussion über Unvollkommenheiten des Rundfunk- und Fernsehaufbaus, die im Interesse der Hörer und Zuschauer beseitigt werden können. Dies ist allerdings, abgesehen von politischen Forderungen, über die noch zu sprechen sein wird, nicht der Fall. Der Innenminister beschränkt sich auf eine Wiederholung seiner Gemeinplätze, wie sie bereits aus der Bundestagsdebatte vom 28. Februar bekannt sind. "Die Bundesregierung ist nur geleitet von dem Bestreben, bisher ungelöste Aufgaben besser wahrnehmen zu lassen." Ein bemerkenswerter Satz, wäre er nur von der Erläuterung gefolgt, wer welche Aufgaben wie wahrnehmen soll.

Mit seinem viel zitierten Aufsatz über "Politik im Rundfunk" (Heft 28 der Zeitschrift "Die politische Meinung") schien Dr. Bausch die Errichtung von Bundesanstalten für ein zweites Fernsehprogramm, für den Auslandskurzwellendienst und für ein deutsches Repräsentativprogramm befürworten zu wollen. Inzwischen aber hat er dieser Auslegung widersprochen und mitgeteilt, seine Analyse der Situation enthalte keine Pläne für einen Bundesrundfunk oder ein Bundesfernsehen. Damit zerstört Dr. Bausch die Möglichkeit, seinen Artikel zur Grundlage einer Diskussion über Sachfragen zu machen, eine Auseinandersetzung, zu der die Rede des Innenministers vor dem Verlegerverband ohnehin keinen Ansatzpunkt gibt.

Lediglich auf einem Fachgebiet - abgesehen immer noch von politischen Forderungen - wird vor allem Dr. Bausch konkret: In dem Verlangen nach einer besseren Zusammenarbeit der Rundfunkanstalten, insbesondere nach einem Finanzausgleich zwischen großen und kleinen Anstalten. Bedauerlich, daß sich aus den Äußerungen zweier so prominenter Sprecher nur dieser eine klare Vorschlag zur Verbesserung der Rundfunkorganisation herauskristallisieren läßt. In dieser Forderung sind sich ohnehin alle Fachleute einig. Sie bedürfte zu ihrer Verwirklichung keiner komplizierten Gesetzgebungsmaschinerie. Ein einfaches Verwaltungsabkommen der Länder, das die Arbeitsgemeinschaft der Rundfunkanstalten rechtsfähig macht und ihr bestimmte Aufgaben, in erster Linie den Finanzausgleich zuweist, würde völlig ausreichen.

Innere Unwahrhaftigkeit

Ein Bundesgesetz und die kompakte Majorität der CDU im Parlament benötigen Minister und Intendant nebst ihren Gesinnungsfreunden allerdings, um ihre politischen Wunschvorstellungen zu vertreten - falls ihnen nicht die Demokraten in der Regierungspartei einen Strich durch die Rechnung machen. Sie bejahen mit schönen Worten die Unabhängigkeit des Rundfunks und fordern hierzu Maßnahmen, die diese Unabhängigkeit mit Sicherheit zerstören und Rundfunk und Fernsehen der herrschenden Macht ausliefern sollen. Hier gibt es keine Widersprüche mehr zwischen Dr. Bausch und Dr. Schröder. Der Innenminister polemisiert gegen das, was er neudemokratisch "die unsägliche Feinlichkeit des Parteien-Proporz" bei den Rundfunkanstalten nennt. Nach Dr. Bausch ist die Unabhängigkeit des Rundfunks "ein schillernder Begriff der Rundfunkideologen", aus der amerikanischen Vorstellungswelt importiert. Das politisch bestimmte System in der Zusammensetzung der Rundfunkräte, die bisher größte Abwehr des Staatseinflusses auf das Rundfunkprogramm haben nach seiner Ansicht dazu geführt, daß jeder im Rundfunk frei seine Meinung äußern kann, "nur einer nicht: der Repräsentant der Bundesregierung."

Hier zeigen sich die politischen Absichten, um die es tatsächlich bei dem Planen für ein Bundesrundfunkgesetz geht. Die politisch ausgewogene Besetzung der Rundfunkräte mit demokratisch legitimierten Persönlichkeiten soll abgeschafft werden, neue, verschwommen umschriebene aber sehr einseitig kontrollierte Kräfte sollen an ihre Stelle treten. Der angeblich stets vom Rundfunk benachteiligten Bundesregierung sollen erweiterte Möglichkeiten gesichert werden, um im Programm zu Worte zu kommen. Nicht um sachlich bedingte Reformen geht es. Sie sollen nur den Vorwand liefern, mit dem die Regierung und die sie tragenden Kräfte Rundfunk und Fernsehen in die Hand bekommen wollen.

Bisheriges System hat sich bewährt

Auch die Wahl der Rundfunkratsmitglieder bei den einzelnen Anstalten durch die Landtage und durch Organisationen des öffentlichen Lebens mag, wie jede menschliche Einrichtung, ihre Schwächen haben. Aber in der so gesicherten wechselseitigen Aufsicht der politischen Kräfte liegt eine institutionelle Sicherung gegen den Mißbrauch der Instrumente Rundfunk und Fernsehen zum ausschließlichen Vorteil einer Weltanschauung, einer Partei oder einer sozialen Gruppe. Wer dies bewährte System verdächtigt, wer es zerstören will ohne an seine Stelle etwas Besseres setzen zu können, wird tatsächlich nur die Überparteilichkeit und die Unabhängigkeit des Rundfunks vernichten.

Der Bundesregierung stehen nach den meisten der geltenden Landes-Rundfunkgesetze Sendezeiten für amtliche Verlautbarungen zu. Wo in einem der älteren Gesetze diese Vorschrift noch fehlt, wird doch in der Praxis nach ihr verfahren. Auch wenn ein Repräsentant der Bundesregierung Sendezeit zur politischen Werbung erbittet, steht ihm das Mikrofon zur Verfügung. In solchen Fällen wird freilich die Opposition in gleicher Weise berücksichtigt. Ein Verfahren, das der Regelung bei der BBC entspricht, die der Innenminister dem deutschen Rundfunk so gerne als Beispiel hinstellt. Wer mehr für die Bundesregierung will, wer Sondersendungen der Regierung zur Meinungsbeeinflussung der Öffentlichkeit fordert, will nicht mehr den Rundfunk im Dienste der Allgemeinheit, er will das Machtinstrument des Staates.

Die Auseinandersetzung um die Zukunft des überparteilichen, der Demokratie verpflichteten deutschen Rundfunks hat erst begonnen. Wenn Männer der CDU, ob in der Regierung oder in den Funkhäusern seine Organisation verbessern wollen, sollten sie klar umrissene Vorschläge machen. Über sie wird zu diskutieren sein. Jeder Anschlag auf die Unabhängigkeit von Rundfunk und Fernsehen aber wird alle Kräfte im Bundestag und in den Ländern, in der Öffentlichkeit und in den Funkhäusern zur gemeinsamen Abwehr vereinen, die sich daran erinnern, wie 1932 schon einmal mit dem Griff der Regierung nach dem Rundfunk die Knebelung der freien Meinung begann.

+ + +

Bilanz eines Volksentscheides

Von unserem Pariser Korrespondenten Georg Scheuer

Es besteht kein Zweifel darüber, dass die Mehrheit der Wähler im französischen Mutterland ihre Ja-Stimmen zum Verfassungsentwurf von de Gaulle weniger auf Grund der genauen Kenntnis des Verfassungstextes selbst, als vielmehr in der Überlegung abgegeben hat, endlich die Voraussetzungen für eine stabile Regierung zu schaffen. Hinzu kommt das Vertrauen zu einem Mann, der schon einmal - 1944/45 - im Verein auch mit allen Links-Parteien das Symbol der Wiederkehr von Frieden und Freiheit war. Diese historische Autorität von de Gaulle dürfte auch der Grund für den Einbruch in die Randschichten der kommunistischen Wählerschaft sein. Ob sich das gleiche Bild bei den im November stattfindenden Wahlen zeigen wird, ist noch nicht sicher, da dann die einzelnen Parteien, die ja immer noch vorhanden sind, wieder miteinander um die Positionen im Parlament ringen werden.

Die rein zahlenmässige Bilanz der Abstimmung vom 28. September zeigt folgendes Bild: In West- und Ostfrankreich, das heisst in den Gebieten, die im letzten Krieg am meisten zu leiden hatten, sind die höchsten Prozentsätze für de Gaulle festzustellen. Über 90% an der Nordwestspitze am Ärmelkanal und in den angrenzenden Departements sowie im Niederelsass und an der Maas. Es folgt ein Gürtel von 85-90% an der Atlantikküste von der Bretagne bis zu den Pyrenäen, sowie im ganzen Osten: Oberelsass, Vogesen, Belfort, Doubs. Nach innen zu nehmen die Prozentsätze ab: 80-85% von den Departements Oise und Sarthe (Le Mans) über Poitiers zu den Landes und Hautes Pyrénées, sowie in den östlichen Grenzgebieten Haute Savoie, Hautes Alpes und im Departement Rhône (Lyon), 75-80% im industriellen Norden: Pas de Calais, Nord, Ardennen, über die Marne, Seine-et-Marne bis Auxerre. Das gleiche Ergebnis wurde auch in Mittelfrankreich und in Südfrankreich (Tarn, Haute Garonne) und im Südosten, an der Riviera, erzielt.

Im Seine-Departement - Paris und die weitere Umgebung - fällt der Prozentsatz der Ja-Stimmen auf 70-75%, ebenso in der Somme, einem Teil Mittelfrankreichs, in der Jura, im Isère, in den östlichen Pyrenäen und an einem Grossteil der Mittelmeerküste, einschliesslich des Departements Bouches du Rhône (Marseille). Nur in fünf Departements erreichten die Ja-Sager weniger als 70%: in den armen bäuerlichen Provinzen Haute Vienne, Creuse, Allier, Corrèze und Gard.

Auch in Paris selbst - durchschnittlich 77,6% Ja in der inneren Stadt und 68,1 in den Vorstädten - waren die Prozentsätze ungleich

verteilt: im grossbürgerlichen und feudalen Westen (7., 8. und 16. Arrondissement) 85-90%, eine weitere Zone von 80-85% in der westlichen Stadthälfte (1., 6., 9. und 17. Arrondissement). Die Prozentzahl nimmt gegen Osten ab: 70-75% im 3., 11. und 19. und weniger als 70% im proletarischen 20. Bezirk.

Die Nein-Stimmen erreichten im Seine-Departement 25-30%, während die Linksparteien (Kommunisten, Sozialisten und Radikale) 1956 auf fast 57% kamen. Die kommunistischen Hochburgen rund um Paris haben nicht standgehalten; das gilt vor allem für Ivry und Montreuil. Nur in Bagnolet ist eine Nein-Mehrheit festzustellen (56,4%). Die Nein-Stimmen in Nanterre, Aubervilliers, Gennevilliers und Saint-Denis (39-47%) liegen unter den früheren Prozentsätzen der Kommunisten.

Etwa ein Viertel der kommunistischen Wähler hat also mit "Ja" gestimmt. Wenn man annimmt, dass die Nein-Stimmen durchweg kommunistische Stimmen sind (was nicht der Fall ist), hätte die KPF im Vergleich zu den letzten Wahlen im Januar 1956, 25% verloren. In Wirklichkeit sind diese Verluste grösser, denn der linke Flügel der SFIO (Depreux), die sozialistische Linkspartei (Bourdieu), die Radikalen um Mendès-France und andere Organisationen hatten ebenfalls ihre Anhänger zum Abgeben der Nein-Stimmen aufgerufen. Die Verluste sind besonders gross in folgenden Departements (in Klammern zuerst der Prozentsatz der kommunistischen Stimmen im Jahr 1956, dann der Prozentsatz an Nein-Stimmen 1958): Hautes Alpes (25,1-19%), Alpes Maritimes (33,8 - 25%), Ardennen (28,2-20,8%), Belfort (35,2-24,7%), Bouches du Rhône (35,1-27,9%), Creuse (47-31,2%), Lozère (32,9-14%), Meurthe-Moselle (27,1-15,3%), Meuse (21,9-10%), Moselle (19,3-11%), Oise (27,5-17%), Pas-de-Calais (30,8-24,9%), Pyrénées Orientales (34,8-28,1%), Niederelsass (11,7-6,6%), Seine (32,8-26,9%), Seine-et-Marne (30,8-22,8%), Seine-et-Oise (33,9-27,6%), Seine-Maritime (30,5-24,3%), Somme (32,1-26,8%), Var (35-24%), Vogesen (33-11,9%).

Diese Verluste sind nicht nur prozentual, sondern auch stimmenmässig. Nur in wenigen kleinen Departements ist eine prozentuale Stimmenzunahme festzustellen: Aude (25,5-26,3%); hier trat der Sozialist Gazier für "Nein" ein), Aveyron (12,1-15,6%), Haute Garonne (23-24,6%; die große freisinnige Zeitung "Dépêche de Toulouse" war für "Nein" eingetreten), Gers (19,9-20%), Haute Saône (16,7-17,7%), Tarn (20,1-21,2%), Tarn-et-Garonne (19,6-23,5%).

Zyperns Zukunft im Schmelztiegel

E.A., London

Der neue Vorschlag von Erzbischof Makarios, Zypern solle nach einer Periode von Selbstverwaltung ein unabhängiger Staat unter Garantie der Vereinten Nationen werden, hat den Partnerschaftsplan der britischen Regierung zurück in den Schmelztiegel geworfen, besonders da auch Generalsekretär Spaak einen Vermittlungsplan in London unterbreitet hat. Die Macmillan-Regierung steht vor einem Dilemma. Sie hat hartnäckig versucht, die türkische und griechische Zusammenarbeit für den Partnerschaftsplan zu gewinnen. Premierminister Macmillan hatte sich persönlich in Athen und Ankara dafür bemüht. Obwohl er in Athen auf taube Ohren stieß, in Ankara dagegen Zustimmung fand, hatte er sich darauf versteift, dass sein Plan am 1. Oktober in Angriff genommen werden sollte. An diesem Tage sollte die Türkei ihren Beauftragten für Zypern benennen, der als Ratgeber für den Generalgouverneur bei der Planverwirklichung mithelfen soll. Athen hatte nicht nur abgelehnt, von sich aus einen Beauftragten zu entsenden, sondern auch seine unerbittliche Gegnerschaft gegen das Projekt angekündigt. Beauftragte der türkischen und griechischen Regierung auf Zypern würden als Schrittmacher für die spätere Teilung der Insel angesehen. Der Makarios-Plan will verhindern, dass ein unwiderruflicher Anfang mit der Teilung Zyperns gemacht wird.

Insofern kommt der Vorschlag Spaak's, eine neue Zypernkonferenz einzuberufen, an der die britische, griechische, türkische Regierung und die Vertreter der griechischen und türkischen Bevölkerung Zyperns teilnehmen sollen, als eine geeignete Grundlage, diese Unklarheiten auszuhämmern und gemeinsam eine Lösung zu suchen. Allerdings zeigen London und Ankara bisher wenig Neigung, bedingungslos auf den Spaak-Vorschlag einzugehen.

Die britische Regierung fühlt, sie müsse ihren Willen, den Partnerschaftsplan in Angriff zu nehmen, durchsetzen, ohne erst abzuwarten, ob etwas Besseres bei neuen Verhandlungen herauskommen würde. Daher macht das britische Kabinett seine Zustimmung zu einer neuen Konferenz davon abhängig, dass unbeschadet davon ein Anfang mit dem Partnerschaftsplan gemacht werden müsse und dass die Konferenz sich auf die Diskussion dieses Planes beschränken müsse. Vielleicht aber wird sich die britische Regierung trotz allem gezwungen sehen, ihre Absichten zu revidieren. Nur zu gute Gründe sprechen dafür. Nicht nur, dass ein Aufflammen der Attentate befürchtet werden muss, wenn man der Vier-Fünftel-Mehrheit der Inselbevölkerung gegen ihren Willen einen ihr verhassten Plan aufzwingen will, sondern die einfache Überlegung, dass kein Partnerschaftsplan Aussicht auf Gelingen hat, wenn die griechische Mehrheit nicht mitarbeitet. Ferner aber übt die innerpolitische Opposition sowie die Weltmeinung einen erheblichen Druck auf Whitehall aus, Vernunftgründen nachzugeben. Sowohl die NATO-Verbündeten und ein sehr erheblicher Teil der englischen Bevölkerung sehen in dem Makarios-Plan eine einmalige Chance, den Teufelskreis von Terrorakten und blutiger Unterdrückung zu durchbrechen. Es wäre mehr als erstaunlich, falls sich Harold Macmillan, der im Grunde trotz seiner oft gebrauchten starken Worte ein wendiger Opportunist ist, die einmalige Chance völlig ent-schlüpfen liesse.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel